

Schlußszene kein Schimmer auf den doch Vornehmsten aller Vornehmen in dieser Erzählung.

Bergengruen hat das Geschehen seiner Novelle in vergangene Tage des Königreichs Neapel verlegt. Daß aber die dichterischen Aussagen durch ihre Gestaltung keine zeitliche Begrenzung erfahren, ist gerade Bergengruens ausdrückliche Auffassung. Er begreift den Beruf des Dichters „als den eines Offenbarmachers“³ (71) ewiger Ordnungen, die im tätigen Leben zu verwirklichen für jeden einzelnen allein menschenwürdig ist. „Und darf ich vom inneren Sinn meines und jeden Lebens sprechen, so will ich ihn bezeichnen als einen immerdauernden Versuch, die ewigen Ordnungen in den eigenen Willen aufzunehmen“ (a. a. O.). Zeitgenössische Dichtungen sind Zeugen gegenwärtigen Geistesstrebens. Bergengruens „Drei Falken“ künden deutlich, daß dem Zeitgeist ungläubiger Ichbezogenheit die Schwingen lahm geworden sind. Wert und Würde unbedingter menschlicher Verselbständigung erweisen sich als unzuverlässig und vermeintlich. Langsam wachsen erneut Erkenntnis und Einsicht, daß der Mensch, setzt er sich selbst als das letztgültige Maß und den letztgültigen Sinn aller Dinge, nicht seine Mündigkeit dartut und seine Freiheit gewährleistet, sondern vielmehr selbsttätig sich ausschließt vom Bereich der „ewigen Ordnungen“ und seine Vorrangstellung beschränkt auf die Fähigkeit, seine einsame Verlorenheit mit Bewußtsein zu durchleben. Unseres Dichters Gewißheit aber ist die, daß die Schöpfung in fürsorglichem Plane ruht und der Mensch sowohl befähigt wie berufen ist, jene ewigen Ordnungen zu erkennen und im tätigen Leben wirksam werden zu lassen. Dies allein macht seine Vorrangstellung aus, setzt ihn, allem kreatürlichen Sein voran, in die höchste, die christlich vollendete Vornehmheit.

Rätmodell München 1918/19

BERNHARD ZITTEL

Die Ereignisse, die sich zwischen November 1918 und Mai 1919 in Bayern, vorab in München abspielten, knistern geradezu vor Aktualität. Auf weite Strecken hin erhalten sie sowohl aus der Absicht der damals Handelnden als auch in der Auslegung der Heutigen — zuletzt in einem Gedenkartikel der „Prawda“ vom 13. April 1959 — den Rang des Exemplarischen und Modellfalles. Gewiß hat Lenin zu früh gejubelt, als er in seinem Telegramm vom

³ *Werner Bergengruen*, Die Feuerprobe. Mit einem autobiographischen Nachwort. Stuttgart 1958, Reclam-Verlag.

10. November 1918 „An alle Sowjets“ die gelungene deutsche Revolution pries, deren erster Teil sich am 7. November in München abgespielt hatte, und ebenso, als er am 1. Mai 1919 in seiner Festrede auf dem Roten Platz in Moskau den Sieg der Arbeiterklasse „in Sowjetungarn und Sowjetbayern“ feierte; denn am gleichen 1. Mai brach in München die Räteherrschaft blutig zusammen¹. Das mindert aber nicht das Gewicht, das man in Moskau den Münchner Vorgängen, vor allem in der Phase der „vierten Revolution“ im April 1919, zuteilte. Dabei waren „die Kontakte zwischen München und Moskau, soweit sie rekonstruierbar sind, ihrem Umfang nach beschränkt, inhaltlich jedoch so schwerwiegend, daß aus ihnen erkennbar wird, welche potentielle Rolle der bayerischen Räterepublik in der Weiterentwicklung der Weltrevolution zuerkannt wurde. Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß die Führer der kommunistischen Räterepublik (in München) ihren Auftrag in diesem Sinn auffaßten und in dem Bewußtsein handelten, eine proletarische Revolution zu vollziehen“².

Umgekehrt beweist der Ablauf der Münchener Revolutionsereignisse, daß nicht jede derartige Krisensituation notwendig in den proletarischen Sieg einmünden muß. Er zeigt aber auch, wie leicht er dorthin einmünden kann, vor allem, wenn die verantwortlichen Politiker der sterbenden Herrschaftsform von einer kaum begreiflichen Situationsblindheit befallen sind und die Regisseure des kommenden Neuen eine scharfe Witterung für die Gunst des rechten Augenblicks besitzen, wie es in München im November 1918 der Fall war.

Im Schatten dieser bayerischen Vorgänge beginnt auch ein Weg, der direkt zu Hitler führen wird. Sichtbar wurde er 1918 in jenem geheimen Dezember-treffen im Hotel „Vier Jahreszeiten“ in München, dessen Hintergründe Ernst Toller im provisorischen Nationalrat Ende 1918 aufhellte. Einberufen hatte dieses Treffen der von einem Deutschen in der Türkei adoptierte sächsische Eisenbahnersohn Rudolf von Sebottendorf, Gründer des Germanenordens der „Thulegesellschaft“, mit der Absicht, eine antirevolutionäre, rechtsgerichtete und antisemitisch eingestellte Kampfgruppe zu gründen. Die Teilnehmerliste der Sitzung nennt u. a. folgende Namen: den Verleger Lehmann, den Dichter Dietrich Eckart, Rudolf Heß, Alfred Rosenberg, Karl Fiehler, Hermann Esser, Dr. Buttman und Anton Drexler, den Schildhalter der kommenden nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“, dessen Schriften „Mein politisches Erwachen“ und „Adelung des deutschen Arbeiters“ auch der Heimkehrer Adolf Hitler las³. Zum erstenmal zeigten sich im Prisma München die kommenden tödlichen innenpolitischen Gegensätze, die 1933 im Kampf um die braune Vorherrschaft Hitlers oder die rote Thälmanns gipfeln werden. Gemeinsam war beiden Gruppen der Wille zu radikalen Lö-

¹ Vgl. *Helmut Neubauer*, München und Moskau, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, Beiheft 4. München 1958. Ferner: *Max Gerstl*, Die Münchener Räte-Republik. München 1919.

² *Neubauer* a. a. O. 96.

³ Vgl. *R. von Sebottendorf*, Bevor Hitler kam. München 1933; *Neubauer* a. a. O. 87; Verhandlungen des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918/19. Stenographische Berichte Nr. 1 bis 10. München o. J.; *Georg Franz*, Munich: Birthplace and Center of the National Socialist German Worker's Party, in: *The Journal of Modern History*, Chicago 1957, Bd. 29, Nr. 4.

sungen im sozialen Bereich, getrennt hat sie ihre Einstellung zum Nationalen. Es scheint kein Zufall, daß unter den zehn Geiseln, die Ende April 1919 im Hof des Luitpoldgymnasiums in München unter den Kugeln der Roten Armee fielen, sechs Mitglieder der Thulegesellschaft waren⁴. Nach diesen Vorbemerkungen wollen wir in großen Zügen den Ablauf der Ereignisse von der ersten bis zur vierten Revolution nachzeichnen und würdigen.

DIE ERSTE REVOLUTION

Der 7. November 1918 wurde Bayerns Schicksalstag. Als am späten Nachmittag dieses Tages der Berliner Journalist Kurt Eisner zusammen mit dem blinden Bauern Ludwig Gandorfer aus Pfaffenberg in Niederbayern in einer Großkundgebung auf der Theresienwiese die Republik ausrief und am Morgen des 8. November, als königliche Abgeordnete noch ahnungslos zur Landtagssitzung in die Prannerstraße eilten, verkündete: „Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt... Die ganze Garnison hat sich der republikanischen Regierung zur Verfügung gestellt... Die Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenze überfluten“ — da brachen alle Dämme der alten fast tausendjährigen Ordnung in Stundenschnelle. Zwar hatte sich König Ludwig III. mit seinen Ratgebern dem drohenden Dammbruch entgegengestellt. Ende Oktober 1918 hatte er noch versucht, die anstürmenden Kräfte der mündig gewordenen Parteien und die geballte Wucht des Massenwillens aufzufangen, indem er sich bereit erklärte, den Parteien ein Mitspracherecht bei der Ministerernennung einzuräumen. Doch die Zugeständnisse kamen zu spät, in München wie in den andern deutschen Bundesstaaten. Die längst unterhöhlten Throne fielen nacheinander, in Bayern zuerst. In der Nacht vom 7. auf den 8. November zog der König als unbekannter Flüchtling der österreichischen Grenze entgegen, nachdem sich ihm wenige Stunden vorher dieselben Minister, die jetzt zur Flucht rieten, für den Bestand der Monarchie verbürgt hatten.

Vergebens hatte auch Kronprinz Rupprecht am Allerheiligentag 1918 vom Feld aus seinen königlichen Vater zu neuen politischen Lebensformen aufgerufen, während das „Landauer Volksblatt“ Küblers bereits den Kopf des Königs forderte und das aufsteigende Morgenrot der russischen Revolution verherrlichte. Vergebens hatte auch Erhard Auer, der Führer der Mehrheitssozialdemokraten (MSPD), versucht, unter dem Königsbanner und zugleich im Bund mit den Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) unter Eisner in die neue Zeit zu schreiten. Auer war der trügerischen Meinung, daß Eisner „erledigt“ sei und er selbst die Massen, deren „tätige Mitarbeit“ im Staat er forderte, fest in der Hand habe.

Der Aufwind, in dem sich der Revolutionär Eisner hochtragen ließ, war zunächst der allgemeine Wille, vor allem der Bauern, zum Frieden, wie Eis-

⁴ Todesanzeige der Thulegesellschaft in der Morgenausgabe der „Augsburger Abendzeitung“ vom 7. 5. 1919; vgl. auch *Josef Hofmiller*, Revolutionstagebuch 1918/19. Leipzig 1938, 225.

ner selbst in seiner ersten Regierungserklärung andeutete. Insofern waren Kriegsende und Frieden, nicht Königssturz und Herrschaftswechsel, das Nahziel der Münchner Revolution. Allerdings waren sie zugleich eine taktische Zwischenstation auf dem Weg zum eigentlichen Ziel: „der demokratischen und sozialen Republik Bayern“. Dabei ist es noch offen, wieweit sich Eisner, der die sowjetischen Methoden ablehnte, dem sowjetischen Rätestaat als Modell nähern wollte. Zunächst jedenfalls trug der neue Freistaat Bayern noch stark bürgerliche Züge, allerdings mit einem antimonarchischen und antikirchlichen Akzent. Eisner feierte als „Errungenschaften“ seiner Revolution das Wahlrecht für Männer und Frauen, „eine Volksregierung, die vom Vertrauen der Massen getragen wird“, Schutz des Privateigentums. Eine Welle glühender Verheißungen durchzieht Eisners Aufrufe: „Bayern ist befreit. Ungeahnte Kräfte regen sich, um an dem Werk des Aufbaues des neuen Volksstaates mitzuhelfen. Alles, was an verkümmelter Kraft, hoffnungsloser Sehnsucht in dumpfem Groll schlummerte, sieht jetzt, daß fortan für jeden Raum ist, an der Arbeit der Gemeinschaft sich zu betätigen. Das Leben gewinnt endlich Sinn und Zweck... Die revolutionäre Regierung des Volksstaates Bayern ist zu dem großen Versuch entschlossen, die Umwandlung des alten Elendes in die neue Zeit in vollkommener verbürgter Freiheit und in sittlicher Achtung vor den menschlichen Empfindungen durchzuführen...“

Eisner, ein Schüler des Neukantianers Cohen in Marburg, vertrat einen ethisch und sozial unterbauten Humanismus. Er stand Kant und Hegel näher als Marx, den er in einer Ahnenlinie mit den beiden Philosophen sah.

Man mag sich wundern, warum die Revolutionsfahne in Bayern nicht zuerst im fränkischen Industriezentrum Nürnberg-Fürth gehißt wurde. Es gibt dafür einige Gründe. Die Keime der bayerischen Revolution waren nicht in den Herzen der Arbeiter, sondern in den Gehirnen von Literaten wie Eisner, Mühsam, Toller, Landauer, in den Kaffeezirkeln von Schwabing gelegt worden. Sie konnten sich in München zum ändern besonders entfalten, weil sich dort die „revolutionsaktiven“ Motive am stärksten sammelten: Haß gegen Preußen, Abneigung gegen den angeblich preußenhörigen „Millibauer“ Ludwig III., auch in Kreisen der Bauern, wie ein alarmierender Brief des Historikers Karl Alexander von Müller aus dem Tegernseer Tal um 1916 zeigt⁵. Dazu kam die Verbindung Eisners mit dem zahlenmäßig zwar schwachen, aber lautstarken radikalen Bauernbund unter den Brüdern Gandorfer. Schließlich fand Eisner die proletarische Kulisse in den Arbeitern der Kruppwerke Freimann, während es die meisten Münchner Bürger und manche Geschäftsleute, die beim ersten Morgenrot der Revolution bereits das Schild des „königlichen Hoflieferanten“ verschwinden ließen, vom Anfang bis zum Ende der Räteherrschaft mit Josef Hofmiller hielten: „Wenn ich die Leute auf der Straße betrachte, finde ich immer, es sind richtige Deutsche. Sie schimpfen immer in ein Loch hinein, aber sie handeln nicht. Darum sind sie wehrlos gegen jede Macht, die nicht nur schimpft, sondern auch handelt... Die Deutschen meinen, wenn sie über eine Sache schimpfen, sei schon etwas

⁵ Karl Alexander von Müller, *Mars und Venus. Erinnerungen 1914—1919*. Stuttgart 1954, 257—339.

getan“. Daher hat Eisner nicht so sehr deshalb gesiegt, weil er etwas tat, sondern, weil die andern nichts taten — frei nach Hofmillers Richtschnur: „Selbst wenn sich meine Ansichten mit denen dieser Leute decken würden, hielte ich es für unklug, mich in diesem Stadium zu verbrauchen. Jeder, der jetzt mittut, wird es bereuen. Mir fällt es überhaupt nicht ein, meine Finger in diese Maschine zu stecken...“ Zum Glück gab es einige wenige, wie den damaligen Oberbürgermeister von Nürnberg und späteren Reichswehrminister Geßler oder den späteren bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held aus Regensburg, die „dem aus seiner Ruhe aufgeschreckten gebildeten Spießbürger“ gegenüber den Mut zum Handeln aufbrachten und an ihrem Lebensabend feststellen konnten: „Ich bereue es nicht, daß ich nicht zu den Klugen im Sinne Hofmillers gehört habe“ (Geßler)⁶. Ihnen ist es zu verdanken, daß die Maisonne 1919 über ein befreites München schien und kommunistische Historiker für diesen Erfolg — neben dem „Verrat“ der Mehrheitssozialisten — die Initiative einiger weniger Politiker und die Überlegenheit der regulären Truppen sowie der Freiwilligenverbände „haftbar“ machen⁷.

DIE SICHERUNG DER MACHT

Doch zurück zum ersten republikanischen Ministerpräsidenten Eisner. Innenpolitisch trat er zunächst auf der Stelle. Er suchte Bayern möglichst reibungslos mit dem Beginn des Waffenstillstandes vom Krieg in den Frieden zu überführen. Von Sozialisierungen sah Eisner zunächst ab, da es in der damaligen Krisenlage vorläufig nichts zu sozialisieren gab. In der Staatsverwaltung stellten sich die Beamten loyal hinter den neuen Herrn, nachdem Eisner zugesichert hatte, daß „alle Beamten in ihren Stellungen bleiben“ und die Offiziere, „die sich den Forderungen der Zeit nicht widersetzen, unangetastet ihren Dienst versehen sollen“. Die Bauern sollten „sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln verbürgen. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden“.

Berlin gegenüber vertrat Eisner einen betont föderalistischen Standpunkt, wobei er den Ehrgeiz hatte, im Gegensatz zu den „belasteten“ Politikern der Reichshauptstadt, in der „demokratischen und sozialen Republik Bayern die moralische Kraft“ zu entwickeln, die für Deutschland einen milden und gerechten Frieden erwirken könne. Voraussetzung dafür schien Eisner das Eingeständnis der deutschen Gesamtschuld am ersten Weltkrieg, wie er es bereits am 17. November bei der Revolutionsfeier im Residenztheater getan hatte⁸. Auf diesem Hintergrund sind die berühmt-berüchtigten Eisnerschen „Dokumente“⁹ zu sehen, die er Ende November 1918 in einer Berliner Zeitung veröffentlichte. Diese Berichte des bayerischen Diplomaten von Schoen

⁶ Hofmiller a. a. O. 184 u. a.; Otto Geßler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. Kurt Sendtner. Stuttgart 1958, 54.

⁷ Hans Beyer, Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München. Berlin 1957. Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Bd. 2. (Zit. Beyer); vgl. auch Neubauer a. a. O. 19—23, 30, 47, 95, 130.

⁸ Vgl. Geheimes Staatsarchiv München, Politisches Archiv, VII. Reihe, Nr. 106; Friedrich Wilhelm Foerster, Erlebte Weltgeschichte 1869—1953. Nürnberg 1953.

⁹ Vgl. Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. Im Auftrag des Bayerischen Landtags hrsg. v. Dr. P. Dirr. 3. erw. Aufl. München und Berlin 1925.

vom Juli 1914 aus Berlin hat Eisner verstümmelt, und in dieser Fassung haben sie maßgeblich zu den harten Friedensbedingungen des Versailler Vertrages beigetragen. So konnte man tatsächlich eine Kollektivschuld der Deutschen herauslesen, während ihr Verfasser genau das Gegenteil sagen wollte: Berlin sei zwar für einen lokal begrenzten Krieg, aber nur weil es (allerdings fälschlich) glaubte, dadurch einen Weltkrieg vermeiden zu können. Dieses subjektiv begreifliche, aber doch nicht ganz den Tatsachen gerecht werdende Bekenntnis zur Kollektivschuld ließ Eisner auch beim Internationalen Sozialistenkongreß in Bern Anfang 1919 durchscheinen. Er hatte damit den nationalen Fanatikern von Sebottendorf bis Dietrich Eckart das Stichwort für Judenhetze und „Franzosenknechte“ geliefert. Am Ende dieser Reihe steht Eisners Mörder, der Student Graf Arco, der ihn am 21. Februar 1919 niederschloß.

Während der „Schuld- und Friedenskomplex“ Eisners Denken und Handeln stark beeinflusste, stieß die Revolution in eine andere Richtung vor; zunächst, wie es schien, mit Eisners Billigung, bald aber ohne ihn, schließlich über ihn hinweg. Im Mittelpunkt dieser Entwicklung standen die Räte, die sich in der Nacht zum 8. November in den Bierhallen des „Mathäser“ gebildet und anschließend im Gebäude des Landtags in der Prannerstraße offiziell die Macht ergriffen hatten. Die Räte waren für Eisner der Höhepunkt der revolutionären Errungenschaften. Trotzdem war seine Stellung zu ihnen unentschlossen. Im Gegensatz zu den andern deutschen Ländern ruhte in Bayern die Räteherrschaft auf den drei Säulen der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte (= A.-, S.- B.-Räte). Mit der Einrichtung dieser Räte (Sowjets) war Eisner zugleich in die nächste Nähe zum sowjetrussischen Modell gekommen. Aber gerade diesen Vorwurf, die Oktoberrevolution nachgeahmt und „russische Methoden“ angewandt zu haben, wies Eisner leidenschaftlich zurück: „Wir glauben nicht, daß auf russischem Weg das Ziel erreicht werden kann, das uns vorschwebt, die Demokratie und die sozialistische Gesellschaft. Wir glauben nicht, daß es uns möglich ist, die Produktion in dem Augenblick zu vergesellschaften, wo die Produktion vollständig zerrüttet ist“¹⁰.

Umgekehrt zeigte sich schon Ende 1918, daß sich das Ja zu den Räten weder, wie Eisner es versuchte, dosieren noch halbieren ließ, wie verschiedene Vertreter der MSPD es wollten, sondern unweigerlich zu einer eindeutigen Entscheidung: Auflösung der Räte oder „Alle Macht den Räten“ führte. Bereits im Dezember 1918 erhoben die Anarchisten unter Mühsam die Forderung: „Alle Macht den Räten“. Wenig später mündete sie in den Ruf der Kommunisten nach der „Diktatur des Proletariats“ ein. So entwickelte sich in kurzer Zeit die Stellung zu den Räten zum Gradmesser der revolutionären Radikalität. Hieß um die Jahreswende 1918/19 die Alternative noch Räte oder Landtag (bei Eisner herrschte gelegentlich das Ja zu Räten und Landtag vor), so lag Ende Februar 1919 die Entscheidung nur noch zwischen Räteverfassung auf Grund einer allgemeinen Wahl oder Rätediktatur nach russischem Muster, und Mitte April gab es überhaupt keine Wahl mehr, sondern die reine Rätediktatur.

¹⁰ Kurt Eisner, *Die neue Zeit*. München 1919, Bd. 2, 55f.

Eisner selbst schillert in seiner Stellung zu den Räten, wie vor allem Graßmanns stenographische Nachschriften der bayerischen Ministerratssitzungen bis zu Eisners Tod beweisen¹¹. Bald lehnte er die Wahldemokratie zugunsten der direkten Mitarbeit der Massen im Dauerorgan der Räte ab, bald nannte er die Räte eine „Schule der tätigen Demokratie“, „Entfaltungsstätte des Idealismus“, bald stellte er sie als „Nebenparlament“ dem souveränen Landtag zur Seite, bald schränkte er ihren Wirkungsradius von der ursprünglichen Einrichtung für immer mit ständischem Charakter und Gesetzgebungsrecht ein auf ein bescheidenes Vorschlagsrecht gegenüber dem Landtag. Zuletzt sollten die Räte als „Gewissen des Volkes“ die Regierung kontrollieren. Jedem Minister sollte z. B. ein ihn kontrollierender „Rat“ beigegeben werden. Im Gegensatz zu Eisner hat die MSPD unter Auer und Roßhaupter die Rolle der Räte nie verabsolutiert, sondern ihnen jede gesetzgebende und vollziehende Gewalt abgesprochen und nur das Recht eingeräumt, Gesetzentwürfe beim Landtag einzureichen.

Das Selbstbewußtsein der Räte war diesen verschiedenen Tendenzen gegenüber verschieden stark. In ihren Gipfelgruppen, etwa in den verschiedenen Landesräten (A.-, S.- B.-Landesrat), wollte man sich mit der Rolle des „Nebenparlamentes“ keineswegs begnügen. Draußen auf dem Land traten diese theoretischen Erwägungen ganz hinter die Alltagsfragen und -sorgen zurück, wie sie sich z. B. in den ersten Beschlüssen des Bauernrates von Kirchensittenbach (der Ortspfarrer muß für die Rückkehr der abgelieferten Kirchenglocken sorgen, er darf nicht mehr länger als eine Stunde am Sonntag predigen, die verschiedenen Klassen bei Beerdigungen werden abgeschafft, zur Feier der Revolution haben die Kinder schulfrei) oder im Ringen der Bauernräte des Kreises Lindau um feste Obstpreise widerspiegeln.

Ebenso „konsequent“ schillert Eisner in seiner Stellung dem Landtag gegenüber, dessen Vertreter den neuen Tatsachen zunächst nur lendenlahme Proteste entgegenzustellen hatten. Bald sah er im Parlament den Hort der Reaktion und im Ruf nach der Nationalversammlung nur das Heimweh jener angeblich nur 5 Prozent der bayerischen Bevölkerung, die nicht hinter ihm standen, nach überlebten politischen Formen. Bald ging er dem Landtag einen Schritt entgegen, indem er den provisorischen Nationalrat, dessen Kern die Rätegruppe, die Linksparteien des alten Landtags und ständische Vertreter bildeten, im Dezember 1918 nach Landtagsart tagen ließ. Schließlich sagte er aber doch am 5. Dezember 1918 die immer wieder geforderten Wahlen zum Landtag für den 12. Januar 1919 zu. Damit entfachte er allerdings scharfe Proteste jener radikalen Rätevertreter, die gesinnungsmäßig der am 6. Dezember gegründeten Spartakusgruppe nahestanden.

Inzwischen hatten sich auch die bürgerlichen Gruppen vom ersten Schock erholt und neue Parteien gebildet, so am 12. November in Regensburg die Bayerische Volkspartei unter Führung von Held, Heim und Schlittenbauer, am 14. November die Bayerische Mittelpartei und zwei Tage später die Bayerische Deutsche Volkspartei. In emsiger Kleinarbeit rüsteten sie sich für den Wahlentscheid im Januar 1919. Wie sehr sich übrigens auch die bürgerlichen Parteien bald auf den „Boden der Tatsachen“ stellten, zeigen die am 15. No-

¹¹ Geheimes Staatsarchiv München, Nachlaß Graßmann 2/2.

vember im Leohaus in München angenommenen Leitsätze der Bayerischen Volkspartei. Während ihr Regensburger Programmentwurf vom 12. November immerhin noch durch eine Volksabstimmung die endgültige Staatsform bestimmt wissen wollte und somit der Monarchie wenigstens theoretisch eine Chance gab, gehen die Leitsätze bereits von der Republik als der vorgegebenen Staatsform aus.

DIE ZWEITE REVOLUTION

Der Ausgang der Wahlen am 12. Januar 1919 erschütterte zwar Eisners Wunschbild von der hinter ihm stehenden 95 prozentigen Volksmehrheit, nicht aber sein Selbstbewußtsein. Er erklärte, die Minderheit habe das Recht, weiter zu regieren, wenn sie Aussicht habe, die Mehrheit zu gewinnen. Tatsächlich standen aber den 116 Sitzen der bürgerlichen Parteien und den 61 der MSPD nur drei Mandate der USPD mit einem Stimmenanteil von 2,5% gegenüber. Obwohl der Spitzenkandidat Eisner für die USPD in 32 Wahlkreisen aufgestellt war, erreichte er nur in den drei Städten München VII, Kempten und Friedberg (hier hatte er in dem Amtsrichter einen treuen Anhänger) mehr als 500 Stimmen. Sowohl die KP-Führer, voran Levien, der die Parole zum Wahlboykott ausgegeben und am Vorabend der Wahl Eisner als „Illusionist“ gebrandmarkt hatte, wie die MSPD und die bürgerlichen Parteien drängten — wenn auch aus verschiedenen Motiven — Eisner, die Folgerungen aus der eindeutigen Wahlniederlage zu ziehen.

Nie zuvor hatte sich Eisners quallenartige Haltung — oder war es Hilflosigkeit? — so deutlich gezeigt wie in den folgenden Wochen zwischen Wahl und Zusammentritt des neugewählten Landtags am 21. Februar 1919. „Weiß Eisner selbst, was er will? Noch schlimmer: Will er überhaupt etwas? Oder läßt er sich nur treiben?“¹² Selbst sein Freund Fr. W. Foerster hatte sich in einer Zuschrift an die sozialdemokratische „Münchener Post“ von ihm losgesagt¹³. Was wollte Eisner wirklich, dessen Schwanken manche auf „Mangel an Entschlossenheit und konkreten politischen Vorstellungen“ zurückführten?¹⁴ Bald schien es, als ob der von den Kommunisten und Anarchisten neu geschaffene radikale „Münchener Arbeiterrat“ mit dem Ruf „Alle Macht den Räten“ Eisners Absichten am nächsten kam. Dabei hatte ein KP-Flugblatt erstmals unzweideutig auf das östliche Modell hingewiesen: „Nehmt euch ein Beispiel am Heldentum, mit dem die russischen Bolschewiki schon eineinhalb Jahre um den Sieg der Weltrevolution ringen, trotz Lüge und Verleumdung, mit der sie außer der Avantgarde der proletarischen Internationale die ganze Welt überschüttet... Alle Macht den Räten! Es lebe die Weltrevolution!“¹⁵ Bald schien Eisner als aufrechter Hüter der Demokratie bereit, sein Amt am 21. Februar dem Landtag zurückzugeben. Allerdings fehlten nicht die Stimmen, die darin den Vorsatz sahen, Eisner

¹² Hofmiller a.a.O. 111.

¹³ Text in: Deutscher Geschichtskalender. Der Europäische Krieg. Ergänzungsband: Die Deutsche Revolution. Bd. 1. Leipzig 1919, 275. Foerster rechtfertigt in diesem Brief seine bisherige Zusammenarbeit mit Eisner auf einer demokratischen Basis. Eisner arbeite aber mit Methoden, die er, Foerster, ablehne. Eisner sei zwar nicht für den Bolschewismus, wohl aber für die Herrschaft einer Klasse.

¹⁴ Neubauer a.a.O. 36.

¹⁵ Neubauer a.a.O. 34.

wolle tatsächlich die von ihm am 20. Februar vor den Räten dunkel angekündigte zweite Revolution auslösen. Signale auf diesem Weg waren der Sturm auf die österreichische Gesandtschaft in München in der Neujahrsnacht 1918/19, die Demonstrationen am Promenadeplatz vor Eisners Amtszimmer, bei denen ein Matrose die Wand hochkletterte und den Ministerpräsidenten durch das Fenster „besuchte“, die wachsende Zahl der Erwerbslosen, vielleicht auch die Einsetzung des österreichischen Sozialisierungsfachmannes Dr. Otto Neurath, der aus Dresden kam, zum Vorsitzenden der Sozialisierungskommission.

Politisch hatte sich Eisner bereits Ende Januar 1919 in eine eisige Isolierung hineinmanövriert, die sich nicht nur auf der zweiten Reichskonferenz in Berlin am 25. Januar 1919, sondern auch im innerbayerischen Kräftespiel deutlich offenbarte. Die Antwort, ob Eisner am 21. Februar vor dem Landtag sein bis dahin durch die Revolution legitimiertes Mandat zurückgeben oder die „Machtergreifung der Räte“ proklamieren wolle — am Vorabend hatte er vor den Räten mit dem Zusammentritt des Landtages einen neuen Abschnitt der Rätebewegung angekündigt: „... dann werden wir sehen, wo Lebenskraft und wo Zuckungen einer dem Tode geweihten Gesellschaft zu finden sind...“ — diese Antwort ist Eisner der Mit- und Nachwelt schuldig geblieben. Als Eisner, begleitet von seiner zweiten Frau und seinem Schwiegersohn Hans Unterleitner, am 21. Februar gegen 9 Uhr auf dem Weg zum Landtag gegenüber der Bayerischen Vereinsbank um die Ecke bog, trafen ihn die tödlichen Schüsse des Grafen Arco auf Valley. Der Mörder, den die Wache des Ministerpräsidenten überwältigte, kam schwer verletzt in die chirurgische Klinik. Entgegen damaligen und heutigen Behauptungen¹⁶ spricht alles dafür, daß Arco aus eigenem Antrieb und ohne Mitwisser oder Helfershelfer gehandelt hat, zu denen gelegentlich auch der MSPD-Führer Auer gezählt wurde. Ebenso sicher scheint aber auch, daß Arco mit der nachträglichen inneren Zustimmung Gleichgesinnter rechnen konnte.

Die für 9 Uhr angesetzte Landtagssitzung wurde nach Bekanntwerden von Eisners Tod auf 11 Uhr vertagt. Das Protokoll der 11-Uhr Sitzung ist ebenso kurz wie dramatisch. Es endet fast wie in einer Regieanweisung mitten im Satz mit dem Hinweis in Klammern: Es fallen Schüsse. Diesmal hatten sie Angehörige der radikalen Räte abgefeuert. Sie töteten den Abgeordneten Osel aus Pasing und den Major Jahreis, der einen Abgeordneten decken wollte. Innenminister Auer lag schwer getroffen auf der Ministerbank. Das Signal zur zweiten Revolution war gegeben. Eisners Tod wirkte dabei wie ein Fanal. Bei seinem Begräbnis im Ostfriedhof wurde er als Märtyrer gefeiert, von Landauer sogar mit dem jungen Napoleon verglichen. Sein Tod hatte mit dem Generalstreik und Protestmärschen eine neue Welle von höchster Dynamik ausgelöst, zugleich aber auch alle sozialistischen Parteien in eine Einheitsfront zusammengeführt. Ihr Organ wurde ein „Aktionsauschuß“. Eisners Todesstätte mit Kränzen, Wachen, Blumen vor dem Bild und dem Plakat: „Proletarier, Hut ab!“ wurde zum Mahnmal für die Revolutionäre aller Fortschrittsgrade.

¹⁶ Beyer a. a. O. 40/41.

DIE DRITTE REVOLUTION

Wiederum rollten die Würfel zwischen Demokratie oder Rätediktatur, nachdem der Wirbelsturm der Protestdemonstrationen Regierung und Landtag praktisch weggefeht hatte. In seinem Windschatten legte der Aktionsausschuß am 22. Februar seine Marschroute fest. Dabei blieb die Frage Räte oder Landtag zunächst noch offen. Die Räte sollten zwar in der Verfassung verankert werden, jeder Minister einen „Rat“ mit beratender Stimme erhalten, zugleich sollte aber der Landtag einberufen werden, sobald es die Verhältnisse erlaubten. An Stelle des Heeres sollte eine Revolutionsschutzwehr aufgestellt werden. Während die Programmacher des Aktionsausschusses unter dem bremsenden Einfluß der MSPD zwei Schritte vor und einen zurückgingen, griff eine zweite Gruppe kompromiß- und gnadenlos nach der ganzen Macht. Ihr Instrument war der ebenfalls am 22. Februar gebildete „Revolutionäre Zentralrat“, aus dem sich trotz sozialdemokratischer Mehrheit der Kommunistenführer Levien ein starkes Sprachrohr schuf: „Entweder die gesamte Gewalt wird den A., S.- und B.-Räten übertragen, oder wir schaffen eine Paarung von Kaninchen und Karpfen“¹⁷. Dieser Drohung folgte die Tat. Der Zentralrat verbot für zehn Tage die bürgerlichen Zeitungen, ließ 50 Münchner Bürger als Geiseln festnehmen und Waffen an die Arbeiter verteilen. Der am 25. Februar einberufene Rätekongreß billigte diese Maßnahmen und stellte fest: „Der Rätegedanke marschiert“. Offen war nur die Frage, bei welchem Zielpunkt die Entwicklung bereits ange-
langt war.

Ein Test dafür wurde die erste Sitzung des Rätekongresses mit ihren hitzigen Aussprachen über den Antrag einer Delegation unter Führung des radikalen Matrosen Egelhofer¹⁸. Was Egelhofer in zehn Punkten forderte, trägt eindeutig die Züge des sowjetischen Modells. Folgerichtig fiel daher das Ja oder Nein zu diesen zehn Punkten mit der Stellung der Redner zum russischen Experiment und Vorbild zusammen. Vor allem Levien verteidigte leidenschaftlich die sowjetrussische Politik und den Terror und forderte für Bayern sofort die „Allmacht“ der Räte, für später die Ausrufung der Rätereublik. Der Anarchist Mühsam erhoffte von Rußland als einer sozialistischen Republik Rückhalt und Hilfe „für die Weltverbrüderung der Sozialisten“, während die Vertreter der MSPD nur dann dem Räteystem zustimmen wollten, wenn es durch demokratische Wahl geschaffen werde. In der Kampfabstimmung unterlag der Antrag, sofort die Rätereublik auszurufen, mit 234 gegen 70 Stimmen (Levien stimmte dabei für den Antrag) den am 24. Februar aufgestellten Leitsätzen der Gemäßigten, die vorsahen, „das Programm des Sozialismus auf dem Boden der Demokratie der Verwirklichung zuzuführen“.

Ende Februar 1919 zeichneten sich in München drei Entwicklungslinien ab, die stellenweise, wie Neubauer¹⁹ nachweist, in eigenartiger Parallele zu den sowjetischen Vorgängen stehen. Einmal war es die, wie wir sie nennen

¹⁷ Levien. Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Kongresses der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, 14; Neubauer a. a. O. 39.

¹⁸ Vgl. Stenographische Berichte, 17 ff.; Neubauer a. a. O. 40 f.

¹⁹ Neubauer a. a. O. 43 f.

möchten, Eisnersche Traditionslinie, die die Mitglieder des Restkabinetts, die MSPD, der Bauernbund und ein Teil der USPD vertraten. Diese Gruppen bejahten auch Eisners vorläufiges Staatsgrundgesetz vom Januar 1919 und stellten am 1. März im Rätekongreß ein neues Kabinett zusammen, das mit wenigen Abweichungen — statt Segitz (MSPD) wurde sein Parteigenosse Hoffmann Ministerpräsident, während die USPD einen Kabinettsitz abtreten mußte — dem vom Landtag in zwei überraschend einberufenen Kurzsitzungen am 17. und 18. März aufgestellten Kabinett entsprach. In einem „Ermächtigungsgesetz“ gab der Landtag der Regierung Hoffmann, die die Räte zur Mitarbeit heranziehen wollte, weitgehende Handlungsfreiheit für ein Sofortprogramm. Der Pfälzer Lehrer Johannes Hoffmann, der unter Eisner als Kultusminister die geistliche Schulaufsicht abgeschafft und die freie Wahl des Religionsunterrichts eingeführt hatte, zog einen weiteren Strich unter die Vergangenheit mit dem im März im Landtag durchgebrachten Gesetz über die Abschaffung des Adels und der Fideikomnisse.

Eine Wegstation zum Kabinett Hoffmann hatte die Einigung der beiden sozialistischen Parteien (MSPD und USPD) am 3. März im sogenannten „Nürnberger Kompromiß“ dargestellt, aus dem folgende Kernpunkte herausragten: Einberufung des Landtags, damit er eine Notverfassung beschließe und ein sozialistisches Ministerium ernenne; außerordentliche Vollmachten für das Kabinett im Bereich der Gesetzgebung wie des Vollzugs; der Rätekongreß und sein Aktionsausschuß sollten nur beratende Funktion haben; die weitere Tätigkeit der Räte, die neu gewählt werden sollten, war gesetzlich festzulegen.

Die zweite Entwicklungslinie hatte mit der dritten das Moment der Radikalisierung gemeinsam. Sie ging von einem Teil der USPD-Anhänger und den Anarchisten aus. Beide forderten im Rätekongreß und in Flugblättern immer wieder die Rätediktatur, griffen die beiden sozialistischen Parteien wegen ihres Zusammengehens scharf an, erreichten dabei allerdings als ungewollte Nebenfrucht ihrer Agitation, daß sich alle Parteien diesseits der Kommunisten sowie die Regierung und der nur von Fall zu Fall tagende Landtag in dem einen Willen fanden, die staatliche Ordnung gegen allzu radikale Experimente zu sichern. Ein Prüfstein für die Regierungspolitik und deren Autorität wurde dabei der noch bestehende Revolutionäre Zentralrat. Obwohl er am 13. März noch einen Zentralwirtschaftsrat mit Dr. Neurath als Leiter gründete, ward ihm bald die angemäße Regierungsgewalt entwunden. Neuraths Sozialisierungspläne, die am 25. März alle Parteien des Landtags in den wichtigsten Punkten annahmen, blieben sehr bald in dem Gestrüpp einer aufgeblähten Verwaltungsapparatur hängen, in der Neurath alles Heil sah. In diesem Zusammenhang schlug Mühsam übrigens vor, man möge der kommunistischen Partei ein eigenes Gebiet innerhalb Bayerns und entsprechende Mittel zuweisen, damit kommunistische Mustersiedlungen in eine Art wirtschaftlichen Koexistenzwettbewerbs mit den bürgerlichen Gruppen im übrigen Bayern treten könnten²⁰. Vorbild dürfte dabei das nach der Oktoberrevolution — allerdings erfolglos — durchgeführte russische Experiment gewesen sein.

²⁰ Erich Mühsam, Von Eisner bis Leviné. Berlin-Britz 1929, 40.

Die dritte Entwicklungslinie zielte direkt auf die reine Räterediktatur. Ihr Motor war die kommunistische Partei unter Levien. Ab Mitte März gingen neue Impulse von dem 1883 in Petersburg geborenen deutschen Staatsbürger Dr. Eugen Leviné aus, dem das Zentralkomitee der KPD die Redaktion der „Roten Fahne“ in München übertragen hatte. Der Weg zur Räterediktatur führte für Leviné über die — allerdings nur als taktisches Mittel auf Zeit gedachte — Einheit des Proletariats, wie sie sich etwa in der Zusammenarbeit im Revolutionären Zentralrat ausdrückte. Leviné zog sich dafür aber den Tadel kommunistischer Historiker zu, weil „die Kommunisten Bayerns die Hauptsache nicht verstanden, daß (nämlich) die Bedingung für den Sieg des Proletariats die unteilbare Führung des Kampfes der Arbeiterklasse durch die kommunistische Partei ist, daß ein entschiedener Kampf für die Entlarvung sowohl der Mehrheits-Sozialdemokraten als auch ihrer Agentur — der Unabhängigen — (nötig) ist, die durch ihre ‚linken‘ Manöver und Phraseologie für den revolutionären Kampf noch gefährlicher waren“²¹.

Während in den letzten Märzwochen 1919 Landtag und Regierung aus ihrem Schattendasein herauszukommen suchten, profilierte sich die KPD in München zusehends, allerdings (nach dem Urteil ihrer Historiker) noch nicht bis zu jenem Grad, daß sie die unbestrittene Führung der Massen schon hätte übernehmen können. Auftrieb erhielt sie dabei von einigen Ereignissen jenseits der deutschen Grenzen: von der Errichtung der Räterepublik in Ungarn durch Bela Kun, den Erfolgen der sowjetischen Truppen in der Ukraine und dem ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau, der Deutschland und damit Bayern die Rolle der Drehscheibe auf dem Wege zur Weltrevolution zugeordnet hatte.

DER STURM BRICHT LOS

Wiederum löste die Rivalität zwischen Landtag und Räten die nächste Welle der „dritten Revolution“ und damit die erste Phase der eigentlichen Räterediktatur aus. Der Anstoß dazu kam am 4. April von Augsburg, das bereits im Februar in dem Lehrer Ernst Niekisch den Vorsitzenden des Zentralrates gestellt hatte²². Im Anschluß an eine Kundgebung in der Lechstadt sprachen am 4. April um 15 Uhr Dr. Rothenfelder, Olschewsky und Frank als Beauftragte der Augsburger Demonstranten in der Sitzung des unter Segitz tagenden bayerischen Ministerrats vor. Sie verlangten die sofortige Ausrufung der Räterepublik, sonst würden „die Augsburger in Augsburg die Stadtkommune selbst ausrufen“, zumal in der schwäbischen Hauptstadt jeder Soldat bereit sei, die dritte Revolution zu stützen²³. Die Entscheidung fiel dann in einer spannungsgeladenen Nachtsitzung am 7. April im Schlafzimmer der letzten bayerischen Königin. Dort einigten sich die Vertreter des Zentralrats, des Revolutionären Arbeiterrates München, der MSPD und USPD

²¹ N. E. Zastenker, *Bavarskaja sovetskaja respublika*. Moskau 1934. Zit. nach Neubauer a.a.O. 41.

²² Vgl. dazu Ernst Niekisch, *Gewagtes Leben*. Köln 1958, Kiepenheuer & Witsch. 35 bis 104.

²³ Neubauer a.a.O. 47; Geheimes Staatsarchiv München, MA 1946, B 1.

ohne die Kommunisten, die in die Opposition gingen, am 7. April die Räterepublik auszurufen und einen Rat der Volksbeauftragten aufzustellen. Von der USPD gehörten ihm der wirre Dr. Lipp (Äußeres), Soldmann, Hagemeister und Paulukum, von den Anarchisten Landauer und der Geldreformer Silvio Gesell an. Die führenden Köpfe waren die Schriftsteller Landauer, Mühsam und Toller.

Der Aufruf an die Bevölkerung „Baierns“ (!), den der „Revolutionäre Zentralrat“ unterzeichnet hatte, sprach von der erreichten Diktatur des Proletariats, von der „gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft“ in einem wahrhaft sozialistischen Gemeinwesen, in dem weder das alte Kabinett Hoffmann, das in diesen Tagen nach Bamberg flüchtete, noch der Landtag Platz hatten. Eine Rote Armee und ein Revolutionsgericht sollten die Räterepublik schützen, die nach dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker errichtet wurde. „Sie nimmt sofort die brüderliche Vereinigung zu diesen Völkern auf... Es lebe das freie Baiern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!“²⁴

Obwohl der Revolutionäre Zentralrat Montag, den 7. April, zum Nationalfeiertag erklärt und die Schüler bei schönstem Frühlingswetter schulfrei hatten, war die Lage im ganzen Land unklarer denn je. Neben München hatte eine Reihe von Städten wie Augsburg, Rosenheim, Aschaffenburg, Würzburg, Schweinfurt der Räteherrschaft die Tore geöffnet. In Lindau ließ der Vorstand des Vermessungsamtes auf Grund eines Kreistelegammes der Beamten-gewerkschaft vom 5. April die Räterepublik unter dem Geläute aller Glocken offiziell ausrufen. In Wolfratshausen übernahm diese Aufgabe der Gerichtsvollzieher auf Grund eines Telegrammes von Ernst Niekisch: „Die Ausrufung der Räterepublik erfolgt am 7. April mittags 12 Uhr. Sie ist rechtzeitig durch Plakate der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Ferner läuten von mittags 12 Uhr bis 1/2 1 Uhr sämtliche Glocken. Außerdem sind alle Fabriken und öffentlichen Gebäude rot zu beflaggen. Für die Ausführung und rechtzeitige Anweisung haftet das Bezirksamt...“²⁵

Symbol für diese Unklarheit war Kriegsminister Schneppenhorst (MSPD) vom Kabinett Hoffmann, der in der Nacht vom 6./7. April die Räterepublik mit ausrief, am Tage darauf von Nürnberg aus aber gegen sie aufrief. Während sich die Landeskonferenz der MSPD am 6. April mit 47 gegen 3 Stimmen eindeutig gegen die Räteherrschaft aussprach, stimmten 7000 der rund 20000 Münchner MSPD-Mitglieder am 11. April über die Einführung der Räteregierung ab: 3479 waren für, 3507 gegen das Räte-system. Im Gegensatz zur Parteispitze hielt sich bei den Mitgliedern, soweit sie abstimmten, das Für und Wider die Waage.

Ein eindeutiges Nein zu dieser Form der Räterepublik hatten die Kommunisten ausgesprochen. Die Gründe dafür waren verschieden. Einmal sei diese Revolution nur ein Putsch gewesen, von oben gemacht, statt von unten gewachsen. Zum andern bestand so die Gefahr, daß ähnlich wie beim Aufstand der Kronstadter Matrosen im März 1917²⁶ „Sowjets ohne Bolschewiki“, d. h.

²⁴ Gerstl a. a. O. 11; Neubauer a. a. O. 50.

²⁵ Niekisch bestreitet in seinen Lebenserinnerungen, daß er die Namensunterschrift unter die Telegramme gegeben habe. Vgl. a. a. O. 70.

²⁶ Vgl. Neubauer a. a. O. 53.

eine Räteherrschaft ohne Kommunisten verwirklicht wurde, zumal die kommunistische Partei als „Führungsorgan der Werktätigen“ noch nicht den erforderlichen „Reifegrad“ erreicht hatte.

Tatsächlich aber hatten die Väter der Räterepublik, die von den Kommunisten abwertend „Scheinträterepublik“ genannt wurde, in ihrem Aktionsprogramm wie in ihrer ersten Proklamation und in den ihr folgenden Taten die eindeutige Absicht erkennen lassen, ein neues Glied der kommunistischen Revolutionskette zu werden, wie sich aus Mühsams Worten unschwer ergibt: „Im Bunde mit dem revolutionären Rußland und Ungarn wird das neue Baiern die revolutionäre Internationale herstellen und der Weltrevolution die Wege ebnen.“ Während Levien auf einer Kundgebung auf der Theresienwiese verkündete, die proklamierte Räterepublik sei ein glatter Schwindel und Lenin werde sich hüten, „die Maskerade anzuerkennen“, mußte er erleben, daß der psychopathisch veranlagte Volksbeauftragte Lipp ein wirres Telegramm nach Moskau kabelte²⁷ und daß Lenin diese „Maskerade“ ernst nahm, zumindest ernster als die Münchner Genossen. Lenin funkte nämlich zurück: „Bitte geben Sie uns Einzelheiten über die vollzogene Revolution in Bayern. Wir wissen außer dem kurzen Funkspruch der bayerischen Räteregierung nichts. Bitte teilen Sie uns mit, wie die Ereignisse dort verlaufen und ob die neue Ordnung voll und ganz herrscht. Bitte geben Sie uns auf die von mir gestern erbetenen Informationen über Ihr Nationalitätenprogramm Nachricht. Wie steht es in Bayern, in diesem Lande, mit dem Agrarprogramm der Räteregierung?“²⁸ Daneben traf eine Reihe von Begrüßungstelegrammen, darunter der Mannschaft des Linienschiffes Petropawlowsk in München ein, so daß die Münchner KPD Gefahr lief, sich völlig zu isolieren.

DIE VIERTE REVOLUTION

Die folgenden Ereignisse bis zum 14. April 1919 und ihre Ausläufer bis Ende des Monats lassen erkennen, daß die KPD in München diese Isolierung durchbrach. Zugleich sind sie ein Musterbeispiel für die kommunistische Machtergreifung auf dem Weg doppelter Taktik und geschickter Infiltration. Dabei haben die tastenden Funktionäre nach dem Urteil kommunistischer Historiker noch längst nicht alle ihnen gebotenen Möglichkeiten voll ausgeschöpft. Während die machtarme MSPD über das Rätesystem abstimmen ließ, Gustav Landauer als Beauftragter für die Volksaufklärung die Universität München schloß, andere Ressortchefs Fahrräder beschlagnahmten und am 11. April die Bürger entwaffneten und die Volksbeauftragten insgesamt über dilettantische und lebensferne Improvisationen nicht hinaus kamen, gingen die Kommunisten zur dreifachen Aktion über: sie gaben die Opposition auf und arbeiteten in den Räteorganisationen in der Absicht mit, diese Gruppen vor ihren Wagen zu spannen; sie suchten gleichzeitig neue aus ihrem Geist geborene Einrichtungen zu schaffen, und sie stellten eine Rote Armee auf. Ansatzpunkte waren die Betriebe und die Truppen. Der Hebel zur Machtergreifung sollte die legitime Form der Wahl sein.

²⁷ Text bei *Neubauer* a. a. O. 54.

²⁸ Münchner Neueste Nachrichten vom 9. 4. 1919; vgl. auch *Neubauer* a. a. O. 56.

Sie ließen zunächst die „revolutionären Obmänner“ in den Betrieben und in der Truppe „revolutionäre Soldatenvertreter“ wählen. Deren Führungskopf wurde der „Rat der revolutionären Betriebsobleute und der revolutionären Soldatenvertreter“. Seine Hauptaufgabe bestand darin, „die Vorbereitung zur Ergreifung der politischen Macht zu treffen“. Außerdem mußte er darüber bestimmen, wann „die Zeit der Proklamation der kommunistischen Räterepublik als gegeben zu betrachten ist“²⁹. Am 9. April trat dieser Rat zum erstenmal zusammen, erklärte sich gegenüber den beiden „Gegenregierungen“, der Hoffmann-Regierung in Bamberg und dem Revolutionären Zentralrat der „Scheineräterepublik“ zum alleinigen Inhaber der Regierungsgewalt und forderte die Räteregierung Lipp zum Rücktritt auf. Der Vollstrecker dieses revolutionären Willens sollte ein Zwanziger-Ausschuß sein, den Startschuß zur Machtergreifung sollte die Ausrufung des Generalstreikes darstellen.

Die Bevölkerung von München und draußen auf dem Land erlebte diese Vorgänge zunächst nur am Rand mit. Schockiert, verwirrt, unsicher, zurückhaltend, führungslos — auf diesen Nenner lassen sich Stimmung und Verhalten der meisten Münchner Bürger bringen. Als sich gegen Mitte April die Regierung in Bamberg anschickte, gegen München militärisch vorzugehen — dabei glaubte Schneppenhorst zunächst in Verkennung der wirklichen Lage, auf Freiwillige (z. B. Schützenbrigade Epp) und die von seinem Berliner Parteigenossen Noske angebotenen Reichstruppen verzichten zu können —, änderte die KPD ihre Taktik: statt gegen, arbeitete sie durch einen neu gebildeten Zehner-Ausschuß mit der Räteregierung Lipp zusammen, ohne allerdings nach außen und verantwortlich diese Zusammenarbeit erkennen zu geben. „Während also die KPD einerseits beratend und organisierend an den Verteidigungsvorbereitungen mitwirkte, agitierte sie gegenüber der Arbeiterschaft weiterhin (gegen die ‚unechte‘ und) für die ‚echte‘ Räterepublik“³⁰.

Wiederum wurde eine Krisensituation, deren Hintergründe und letzten Zusammenhänge bis heute noch nicht restlos entwirrt sind, das Sprungbrett zur nächsten, „vierten“, Revolution. Am Morgen des 13. April 1919 verkündete „die gesamte Garnison München“, daß die Führer der Räterepublik verhaftet seien und „die gesetzmäßige Regierung (Hoffmann), die Ruhe schafft, Arbeit und Brot...“ zu unterstützen sei. Während auf dem Marienplatz Maschinengewehre ratterten, am Hauptbahnhof Geschütze auffuhren, meldete die Bamberger Regierung etwas voreilig und selbstsicher in Flugblättern, daß die Münchener Garnison die Gewaltherrschaft weggefeht habe. Tatsächlich aber stand hinter der „gesamten Garnison“ nur die in ihrem Kampfwert schwache „Revolutionäre Schutztruppe“. Im Schatten dieser Vorgänge ergriffen die Kommunisten die Macht, indem sie die Betriebs- und Kasernenräte auf ein kommunistisches Aktionsprogramm verpflichteten. Träger aller Gewalt wurde der fünfzehn-, später dreißigköpfige Aktions-

²⁹ Neubauer a. a. O. 60; zum gesamten Verlauf der Revolution vgl. auch E. Müller-Meinungen, Aus Bayerns schwersten Tagen. Berlin und Leipzig 1923.

³⁰ Neubauer a. a. O. 62.

ausschuß. Sein Kern war der vierköpfige Vollzugsausschuß mit Leviné und Levien an der Spitze³¹.

Mit dem 14. April beginnt die „echte“, kommunistische Räterepublik. Sie endete mit der Befreiung Münchens am 1. Mai 1919. Dazwischen liegen einige Nuancen innerhalb der kommunistischen Räterediktatur, etwa die „Herrschaft der Betriebsräte“ am 27. und ab 28. April die „Herrschaft der Roten Armee“, deren Stärke etwa 25 000 Mann betrug.

Die neuen Herren sandten sofort Siegestelegramme nach Moskau und Budapest, in denen sie München als wichtige Wegstation zur Weltrevolution herausstellten: „... Der Vollzugsrat der neuen, wirklich proletarischen Räterepublik begrüßt die russische und ungarische Arbeiterklasse und ihre Sowjetrepublik. Die Münchner Arbeiterklasse wird ihre Kräfte in den Dienst der großen historischen Aufgabe stellen, welche die tapferen russischen und ungarischen Brüder inaugurieren haben. Es lebe die russische und die ungarische Sowjetrepublik! Es lebe die Weltrevolution! Der Vollzugsrat der Betriebs- und Soldatenräte.“³²

Aus den Grußbotschaften, die in München eintrafen, ragt jene von Lenin heraus, der übrigens von Anfang September 1900 bis April 1902 unter verschiedenen Deckadressen in München gewohnt hatte³³. In Form von 13 Fragen entwickelte Lenin die Richtlinien für ein Aktionsprogramm. Sie betrafen u. a. die Einrichtung von Arbeiter- und Hausangestelltenräten in den Stadtbezirken, Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung des Proletariats, Beschlagnahme von Kleider- und anderen Warenlagern, Enteignung, Löhne der Landarbeiter (zu verdoppeln oder verdreifachen), Beschlagnahme von Papier für Propagandazwecke, sechsständiger Arbeitstag, Geiseln, Lebensmittelrationen, „Ideenpropaganda in den herumliegenden Dörfern“.

Die Praxis verlief freilich anders. Während „Beschlagnahmekommissionen“ in der Stadt als Vorhut der Sozialisierung am Werk waren, spitzte sich die Versorgungslage der Stadt schnell zu, zumal die Bamberger Regierung die Bahnstrecken blockierte und die Bauern die Lieferung von Frischmilch und Gemüse stoppten. Rote Truppen durchstreiften auf „Versorgungsaktionen“ Oberbayern bis gegen Schongau und Rosenheim. Dabei stießen sie auf die ersten Gegentruppen, die von allen Seiten her auf München vorgingen, seitdem sich die Regierung Hoffmann mit der Führung der Reichstruppen über die Verteilung der Kommandogewalt einig geworden war. Vom Oberland und Allgäu und von Franken her strömten auf den Ruf zur Bildung einer „Volkswehr“ — „Ihr Männer der bayerischen Berge, des bayerischen Hochlandes, des Bayerischen Waldes! Erhebt Euch wie ein Mann!“ — viele Freiwillige zu den Waffen. Nach einem Gefecht bei Dachau, das für die Rote Armee verlustreich verlief und der Anlaß zur Erschießung der zehn Geiseln im Hof des Luitpoldgymnasiums wurde, trat Ernst Toller als Truppenkommandeur zurück. Gleichzeitig verlangten Levien und Leviné Radikalmaßnahmen nach sowjetischem Muster, u. a. sollten die Münchner Bürger auf

³¹ Aufschlußreich ist die verschiedenartige Deutung, die diese Vorgänge bei den kommunistischen Theoretikern und Historikern bis heute gefunden haben. Vgl. *Beyer* und *Neubauer* a. a. O. 64 f.

³² Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte Münchens. Nr. 1, vom 15. 4. 1919.

³³ Vgl. *Neubauer* a. a. O. 73/74.

der Theresienwiese zusammengetrieben und erschossen werden, ganz im Sinn von Levinés Erklärung vom 24. April: „Die Räterepublik ist die Diktatur des Proletariats dadurch, daß das Proletariat die ganze Macht übernimmt, nicht nur um Freiheit zu schaffen, nicht um Brüderlichkeit und Gerechtigkeit zu üben, sondern zur Unterdrückung der Bürgerschaft, um die Bürger niederzuhalten... Die Bürger müssen überhaupt verschwinden...“³⁴

Während die Regierung in Bamberg zum Entscheidungskampf um München aufrief und der erzbischöfliche Generalvikar in München die Bevölkerung ermahnte, sich hinter die Bamberger Regierung zu stellen und einig zu sein, zeigte sich in den Reihen der Revolutionäre ein tiefer Zwiespalt. Mit Toller legten nach dem Gefecht bei Dachau auch die USPD-Führer Maenner und Klingelhöfer ihre Ämter aus Protest gegen den Vollzugsrat nieder. In einer stürmischen Betriebsräteversammlung im Hofbräuhaus griff Toller die „Russen“ Levien, Leviné, Axelrod heftig an, weil sie Verhandlungen mit Bamberg vereitelten. Umgekehrt steigerte sich Leviné in seiner radikalen Entschlossenheit so weit, daß er die Erschießung Tollers forderte und die Katastrophe als notwendigen Durchgang zur vollständigen Vernichtung des Alten hinstellte. Schließlich schrien die Betriebsräte die „Russen“ nieder. Die ideologische Auseinandersetzung dauerte aber noch an, als sie von den militärischen Ereignissen überrollt wurde. Am 28. April präzierte Toller seinen Gegensatz zu den Kommunisten näher. Es ging dabei praktisch um den eigenen Weg zum Sozialismus: „In den Grundgedanken der proletarischen Räterepublik begegnen wir uns mit den Russen; in der Ausführung dieses Gedankens aber, also in allen einzelnen praktischen Maßnahmen, müssen wir bayerische und nicht russische Politik treiben... Uns erscheint... eine Ausscheidung derjenigen Elemente der kommunistischen Partei notwendig, die in blind-orthodoxer Weise die Doktrinen und Handlungen des russischen Bolschewismus auf unser Baiernland übertragen wollen...“³⁵

Am 30. April hatten die Regierungstruppen den Ring um München geschlossen. In erbitterten Kämpfen, deren Brennpunkte in Giesing und am Stachus lagen, ging die Räteherrschaft unter. Die letzten Tage forderten noch viele Opfer, darunter Anfang Mai 21 Mitglieder des katholischen Gesellenvereins, die von Regierungstruppen als „Spartakisten“ angesehen und unter nie ganz geklärten Umständen im Haus Nr. 5 am Karolinenplatz erschossen wurden. Zu Beginn der Rätewirren war auch der damalige Münchner Nuntius Pacelli mehrmals in Lebensgefahr geraten.

BILANZ

Der Endkampf um München hatte rund 600 Tote gekostet, darunter 433 Rotarmisten und 53 Russen. Mitte Juli 1919 liefen vor Stand- und Volksgerichten in ganz Bayern 4256 Strafverfahren. Die politische Bilanz wiegt noch schwerer: In München, dem Herzen des ältesten deutschen Staates, war

³⁴ Neubauer a. a. O. 88; Josef Karl, Die Schreckensherrschaft in München und Spartakus im bayr. Oberland. Tagebuchblätter und Ereignisse aus der Zeit der „bayr. Räterepublik“ und der Münchner Kommune im Frühjahr 1919. Nach amtlichen Quellen aufgezeichnet. München (1919).

³⁵ Vgl. Neubauer a. a. O. 90.

der Thron zuerst gestürzt. Die demokratisch-republikanische Staatsordnung ist bis heute das sichtbarste Ergebnis der Revolution geblieben. Zunächst trug sie noch weitgehend bürgerliche Züge. Langsam glitt sie jedoch in die sozial-revolutionäre Ebene hinüber. In der Endphase, in der die Kommunisten die Unabhängigen und Mehrheitssozialisten überspielten, mündete die Revolution eindeutig in die kommunistische Linie ein mit dem Ziel der Räterepublik nach russisch-ungarischem Muster. Über den Weg dahin teilten sich die Meinungen. Bis zur Ausrufung der ersten Räterepublik am 7. April lag das „Drehmoment“ der Entwicklung im Verhältnis Räte-Landtag, nachher in der Stellung zum sowjetischen Modell als Weg und Ziel. Insofern wurde München Standort der tieferen Frage: wieweit läßt sich das sowjetische Modell übertragen, wieweit ist der sozialistische Eigenweg möglich? In einem dritten Sinn kam München aus Moskauer bzw. Lenins Sicht eine Modellrolle zu: Es sollte Sprungbrett zur Revolutionierung Deutschlands und Europas werden, wie es noch um 1920 in den Berichten des bayerischen Gesandten in Berlin, von Preger, anklingt. Letztlich sind die Vorgänge in Bayern zwischen November 1918 und Mai 1919 ein Musterbeispiel dafür, wie eine zunnächst fast harmlos und tragikomisch anlaufende Krise durch eine geschickte Regie zu einem von ihren „Vätern“ nicht gewünschten Ziel gesteuert werden kann.

Zum Schluß sei die Fernwirkung des Münchner Rätemodells an zwei Beispielen der Gegenwart belegt. Der schon öfter zitierte ostzonale Historiker Beyer sieht sie darin: „Die Münchner Arbeiter haben gezeigt, wie man gegen seine Feinde kämpfen muß. Sie haben während des Kampfes um ihre Räterepublik und danach nie zu vergessende Beispiele der Kühnheit, Treue und Standhaftigkeit gegeben. Seite an Seite kämpften in den Reihen der Roten Armee kommunistische, sozialdemokratische, parteilose und christliche Arbeiter. Wenn die gesamte deutsche Arbeiterklasse so geschlossen und heroisch wie die Münchener Arbeiter im Jahre 1919 kämpft, dann hat die letzte Stunde des Militarismus und Kapitalismus in ganz Deutschland geschlagen.“³⁶

Als im Jahre 1956 ein Münchner Diplomvolkswirt zufällig in die Erdkundestunde einer Volksschule in der nordjapanischen Hafenstadt Sapporo kam, behandelte der Lehrer gerade München. Zum Staunen des Gastes fand der Lehrer weder die Kunst- noch Bierstadt München erwähnenswert, sondern zwei politische Ereignisse, die er den Kindern so ins Merkheft diktierte: „In München wurde die nationalsozialistische Partei gegründet. Anfang 1919 wurde hier auch eine Sowjetrepublik ausgerufen, aber nachdem Regierungstruppen in die Stadt einmarschiert waren, brach der Widerstand zusammen“³⁷.

³⁶ Beyer a.a.O. 141/142. Vgl. die aufschlußreiche Akzentuierung in diesem Werturteil gegenüber einem früheren desselben Historikers: „Das Münchner Proletariat hat gezeigt, wie man gegen seine Feinde kämpfen muß. Daraus muß die ganze deutsche Arbeiterklasse heute lernen. Die Münchner Kommunisten gaben während und nach dem Kampfe um die Räterepublik ein Beispiel der Kühnheit, der Treue und Standhaftigkeit, das heute für die Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei und der Kommunistischen Partei Deutschlands als Vorbild dienen kann.“ ... „Die bayerische Rote Armee, die Rotgardisten, gaben der deutschen Jugend ein Beispiel und zeigten, wie man kühn, tapfer und mutig zu jedem Opfer bereit, für eine gerechte Sache, für die Sache der Werktätigen, und für sein Vaterland kämpft“. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1954, H. 2, S. 215.

³⁷ Vgl. MÜNCHNER MERKUR vom 9. 10. 1956.

Sah Beyer den exemplarischen Charakter der Münchner Ereignisse im Versuch, die Rätediktatur zu errichten, so der japanische Lehrer mit seinen Schülern, wie die anschließenden Fragen an den bayerischen Gast bewiesen, in der gelungenen Überwindung des Rätessystems.

Das biologische Erbgut

JOHANNES HAAS SJ

WAS DAMIT GEMEINT IST

Eine befruchtete Eizelle ist wohl eines der merkwürdigsten Dinge der sichtbaren Welt. Sie enthält die Potenzen für die Ausprägung fast aller Eigenschaften des erwachsenen Organismus. Bei einer menschlichen beispielsweise ist festgelegt, daß sie sich zu einem Menschen und nicht zu einem Tier oder einer Pflanze entwickeln wird; es ist auch schon entschieden über das Geschlecht des künftigen Menschen, seine Haut- und Haarfarbe, seine Begabung, ja über Gesundheit und Krankheit bis in das hohe Alter hinein. Entsprechendes gilt von den Keimen aller vielzelligen Organismen: Sie enthalten die Bestimmung zu einer Unzahl von Merkmalen, die sich im künftigen Leben des Individuums entfalten werden.

Eine befruchtete Eizelle entsteht durch die Verschmelzung einer Ei- und einer Samenzelle. Beide werden von zwei erwachsenen Organismen, den Eltern, erzeugt und tragen die Gesamtheit aller Eigenschaften, die die Eltern ihren Nachkommen übermitteln, in sich. Die Eltern wiederum haben diese Eigenschaften mit Hilfe von Keimzellen von ihren eigenen Eltern erhalten. Es geht also, gebunden an das Keimplasma ein Komplex von Merkmalen von einer Generation zur nächsten und pflanzt sich in immer neuen Kombinationen durch die unübersehbar lange Kette der Geschlechter fort. Die Summe der Merkmale, die ein Organismus an die Keimzellen gebunden von seinen Eltern erhält und die er wiederum durch die Produktion von Ei- oder Samenzellen an seine Nachkommen weiterzureichen vermag, ist das biologische Erbgut. Dieses Erbe ist aber nicht nur in den Keimzellen enthalten, es findet sich auch in jeder einzelnen Zelle des erwachsenen Organismus. In ihnen erfolgt die Ausprägung der ererbten Potenzen in die sichtbaren Merkmale. Wie soll man sich die Natur und die Wirkweise des biologischen Erbes letztlich denken?

OBLIGATORISCHE UND VERTRETBARE MERKMALE

Das menschliche Denken hat sich, wenn auch meist unbewußt, schon früh mit dem biologischen Erbgut beschäftigt, und zwar in der überall zu beobachtenden Familienpolitik und in der Ausübung der Tier- und Pflanzen-